

Justiztag

Rechtsstaat braucht motiviertes Personal

Beschäftigte aus dem Justizbereich haben am 24. Februar 2015 bundesweit klargemacht, dass sie geschlossen hinter den dbb-Forderungen für diese Einkommensrunde stehen: 5,5 Prozent Einkommensplus, mindestens aber 175 Euro; 100 Euro Entgelt mehr für Auszubildende sowie deren dauerhafte Übernahme. Im Rahmen eines „Justiztags“ hatten dbb und Deutsche Justiz-Gewerkschaft (DJG) zu Aktionen in sieben deutschen Städten aufgerufen.



Hunderte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer traten in den Warnstreik und machten in „bewegten Mittagspausen“ in Potsdam, Braunschweig, Hannover, Köln, Duisburg, Koblenz und Saarbrücken auf die drängenden Probleme in ihrem Arbeitsfeld aufmerksam. Zusätzlich kamen viele Beamte in ihrer Freizeit, um das gemeinsame Anliegen zu unterstützen: „Wir für mehr“. Einig waren sich alle Beteiligten in der Forderung einer zeit- und inhaltsgleichen Übertragung des Tarifiergebnisses auf den Beamtenbereich.



„Ein funktionierender Rechtsstaat braucht motiviertes Personal in ausreichender Zahl“, sagte der Zweite Vorsitzende und dbb-Verhandlungsführer, Willi Russ, auf der Kundgebung in Köln. Ursula Winkelmann, stellvertretende Vorsitzende der DJG NRW, verwies auf den aktuellen Handlungsbedarf: „Die Justizverwaltungen stehen kurz vor dem Kollaps. Nur durch den enormen Einsatz unserer Kolleginnen und Kollegen vor Ort ist überhaupt noch ein halbwegs zuverlässiges und schnelles Bearbeiten möglich.“

Unbefristete Übernahme von ausgebildeten Justizfachangestellten

In Potsdam machten Kolleginnen und Kollegen aus Brandenburg und Berlin auf ihre Probleme aufmerksam. Sabine Wenzel, Vorsitzende der DJG Brandenburg: „Befristete Einstellun-





Köln



Koblenz



Braunschweig



Hannover

gen bringen nur eine scheinbare Entlastung. Was wir brauchen, ist eine unbefristete Übernahme von ausgebildeten Justizfachangestellten.“ Weitere Forderungen: eine verstärkte Ausbildung von Rechtspflegern und Gerichtsvollziehern und deren Übernahme und eine Anhebung der Wertigkeit von Justizwachtmeisterstellen.

Auch in Braunschweig und Hannover standen als Themen die Arbeitsüberlastung infolge von Stellenabbau und Probleme bei der Nachwuchsgewinnung im Mittelpunkt. Eine angemessene Bezahlung, sagte der Vorsitzende der DJG Niedersachsen, Wolfgang Schmidt, könne hier Abhilfe schaffen und würde von den Kolleginnen und Kollegen auch als Zeichen der Wertschätzung ihrer verantwortungsvollen Arbeit erwartet.

„Gerade im Justizdienst, wo viele von uns in den unteren Einkommensgruppen oder im einfachen Dienst sind, ist der Mindestbetrag wichtig“, sagte der Klaus Plattes, Landesvorsitzender der DJG Nordrhein-Westfalen, in Duisburg. Zudem müsse der Justizdienst attraktiver für Berufsanfänger werden.

In Koblenz verdeutlichte Margot Scherer, stellvertretende Landesvorsitzende der DJG Rheinland-Pfalz, wie wichtig ein Einkommensplus im Justizbereich ist. „Wir organisieren zu fast 80 Prozent die unteren Einkommensgruppen von EG 2 bis EG 6 TV-L. Hier geht es um Bruttoeinkommen von 2.330 bis 2.370 Euro.“ Im Beamtenbereich sehe es nicht viel rosiger aus.

Auf den schon jetzt „akuten Personalmangel“ in der saarländischen Justiz wies der Vorsitzende der DJG Saar, Rudi Weber, in Saarbrücken hin: „Mit noch weniger Personal werden wir eine funktionierende Rechtspflege kaum noch aufrecht erhalten können.“



Köln



Potsdam



Koblenz





dbb
beamtenbund
und tarifunion

Bestellung weiterer Informationen

Name

Vorname

Straße

PLZ/Ort

Dienststelle/Betrieb

Beruf

Beschäftigt als:

<input type="checkbox"/> Tarifbeschäftigte/r	<input type="checkbox"/> Azubi, Schüler/in
<input type="checkbox"/> Beamter/Beamtin	<input type="checkbox"/> Anwärter/in
<input type="checkbox"/> Rentner/in	<input type="checkbox"/> Versorgungsempfänger/in

Ich möchte weitere Informationen über den dbb erhalten.

Ich möchte mehr Informationen über die für mich zuständige Gewerkschaft erhalten.

Bitte schicken Sie mir das Antragsformular zur Aufnahme in die für mich zuständige Gewerkschaft.

Ich bin mit der Erhebung, Verarbeitung und Nutzung meiner Daten, die zur Erfüllung der Aufgaben und Zwecke des dbb und seiner Mitgliedsgewerkschaften notwendig sind, einverstanden.

Datum/Unterschrift

Unter dem Dach des dbb bieten kompetente Fachgewerkschaften eine starke Interessenvertretung und qualifizierten Rechtsschutz. Wir vermitteln Ihnen gerne die passende Gewerkschaftsadresse:

dbb beamtenbund und tarifunion, Geschäftsbereich Tarif, Friedrichstraße 169/170, 10117 Berlin, Telefon 030.40 81-54 00, Fax 030.40 81-43 99
E-Mail: tarif@dbb.de, Internet: www.dbb.de